

Fehlendes Vertrauen

Görlitz: „Blaue Normalität“, FR-Politik vom 16. Juni:

Die Verweigerung jeglicher Kommunikation mit der AfD hat sich nicht ausgezahlt. Nun müssen sich die Parteien auf eine AfD als stärkste Fraktion in Brandenburg und Sachsen einstellen. Ich bin wahrlich kein Sympathisant der AfD – aber wenn die etablierten Parteien sich dazu hinreißen lassen sollten, der AfD den Auftrag zur Regierungsbildung streitig zu machen und das unwürdige Spiel um den Posten eines Bundestags-Vizepräsidenten noch einmal aufzuführen, dann ist das nicht nur undemokratisch, sondern zeigt auch deutlich das fehlende Vertrauen in unsere Demokratie. Die Rechnung kann man in den aktuellen Umfragen zur Sachsen-Wahl schon einsehen.

Henning Kaufmann, Frankfurt

Elend der „Nutztiere“

Zum Interview „Kein Podium für die AfD“, FR-Politik vom 19. Juni

In einem bemerkenswerten Interview anlässlich des Evangelischen Kirchentages in Dortmund hat dessen Präsident Hans Leyendecker darauf hingewiesen, „dass Christen sich um die Schwachen und Erniedrigten kümmern oder die Schöpfung bewahren sollen“. Mit mir vermissen wohl viele Leser den ausdrücklichen Hinweis auf das vielfältige Leid, das aus der industriellen Massentierhaltung erwächst. Während der Kirchentagspräsident große Worte gelassen aussprach, wurden Millionen „Nutztiere“ gequält und geschunden. Der Umgang mit ihnen ist ein Schandfleck unserer Gesellschaft. Die führenden Repräsentanten der Kirchen tun zu wenig, wenn es gilt, das Martyrium der „Nutztiere“ anzuprangern und Abhilfe zu fordern. „Tu Deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind.“ Das gilt auch für die „Nutztiere“. Gerhard Schuler, Kelkheim

SORRY

„Eine Lüderitzstraße gibt es laut Google-Maps auch in Kiel, Bremen und Bad Hersfeld“, schrieben wir in der Kolumne „Afrika in Berlin“ (14.6., S. 10) zum Thema Straßennamen. Richtig ist, dass Google-Maps einen Ort in Bad Hersfeld zeigt, wenn man dort nach der Lüderitzstraße sucht, und dass man die Information „Lüderitzstraße“ bekommt. Richtig ist ebenso, dass Bad Hersfeld die Straße am 1.1.2014 in Johannes-Klein-Straße umbenannt hat – eine Entscheidung, die Google-Maps noch nicht vollständig umgesetzt hat. Zugleich wurde die ehemalige Carl-Peters-Straße in Elisabeth-Selbert-Straße geändert. „Bleibt also festzuhalten“, schreibt der Magistrat der Stadt, dass „in Bad Hersfeld umgesetzt ist, was in Berlin, Kiel oder Bremen noch nicht getan wurde“.

Bremsen und abwiegeln – das soll Aufklärung sein?

Mordfall Lübcke: „Auf die Hetze folgt die Tat“ und „Auf die Demokraten kommt es jetzt an“, FR-Politik und -Meinung vom 19. Juni

Verfassungsschutz hat sich als Hindernis erwiesen

Ein Mord aus politischen Beweggründen mit rechtsextremistischen Hintergrund am Regierungspräsidenten Lübcke muss mittlerweile als wahrscheinlich angenommen werden. Auch wenn jetzt alle eine vollständige Aufklärung des Vorgangs auch hinsichtlich des Umfelds fordern, bleiben Zweifel an der Nachhaltigkeit, soweit sie die über den Täter hinausgehenden Aspekte betrifft. Die Aufarbeitung der Anschläge des NSU, der Anschlag von Anis Amri auf dem Weihnachtsmarkt u. a. wurden ebenfalls mit absolutem Aufklärungswillen begleitet. Bisher liegen jedoch in diesen Fällen keine Ergebnisse vor, die strukturelle Zusammenhänge ausreichend erhellen, Verantwortlichkeiten für Versäumnisse benennen und notwendige nachhaltige Veränderungen einleiten.

Gerade der Verfassungsschutz hat sich eher als Hindernis erwiesen und hat von der Politik offenbar kaum Kontrolle zu fürchten. Wie kann es auch anders sein, wenn z.B. die Bundeskanzlerin den Angehörigen der Ermordeten eine vollständige Tatabklärung zusagt, aber gleichzeitig die politische Haltung eines Herrn Maaßen übersehen? Sogenannte Sicherheitsgesetze, die auch immer Einschränkungen für die Allgemeinheit mit sich bringen und kaum verifiziert werden, sollen immer schnell nach solchen Tagen geändert werden, an den unzulänglichen Strukturen (personelle und technische Ausstattung der Polizei, Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg, Verfassungsschutz usw.) wird jedoch kaum etwas verändert.

Es kann gemutmaßt werden, dass hier Widerstände auftreten und Zuständigkeiten tangiert sind und dass es somit eines nachhaltigen politischen Veränderungswillens bedarf, der nicht letztlich vorhanden ist.

Friedrich Bredthauer, Wunstorf

Und wenn es brenzlig wird, werden Akten geschreddert

Der Verdächtige im Mordfall Lübcke war als gefährlicher Gewalttäter bekannt: Nach seinem Sprengstoff-Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft erhielt er eine Minimalstrafe, so dass er knapp zwei Jahre später einen Mann am Wies-



Mehr als 2000 Menschen protestierten am Samstag in und bei Kassel gegen Rechtsextremismus.

DPA

badener Hauptbahnhof lebensgefährlich verletzt werden konnte, weil er ihn für einen Ausländer hielt. Vor zehn Jahren wurde er zu einer Bewährungsstrafe wegen eines massiven Angriffs auf die DGB-Kundgebung in Dortmund verurteilt. Beim NSU-Prozess verzichtete man auf seine Anhörung, um einem so „militanten Neonazi“ nicht auch noch eine öffentliche Bühne zu bieten – die Beifallsbekundungen der Nazis im Gerichtssaal waren ja bekannt.

Trotz einer weiteren schweren Körperverletzung wurde er im Nachrichteninformationssystem des Verfassungsschutzes nicht geführt; es gab keine Beobachtung ungeachtet seines Bekanntheitsgrades in der rechten Szene. Hier lohnt sich ein Vergleich mit der Kasselerin Sylvia Gingold, die seit mehr als 40 Jahren in den Akten des Verfassungsschutzes ist: Ihr Eintrag wird mit der Begründung nicht gelöscht, sie habe aus dem Buch ihres Vaters vorgetragen. Peter Gingold war ein international hochgeachteter Widerstandskämpfer!

Denken wir an den Fall Amri, dessen Beobachter abgezogen wurden, um sich angeblichen Hausbesetzern der Rigaer Straße zu widmen. Wenn es dann wirklich mal brenzlig wird für diesen Inlandsgeheimdienst, werden Akten geschreddert oder 120 Jahre gesperrt. Alle vollmundigen Sprüche, dass nach dem furchtbaren Mord an Dr. Lübcke end-

lich „durchgegriffen“ wird, bleiben folgenlos, wenn nicht endlich der fortlaufende Skandal des Verfassungsschutzes beendet wird. Diese Behörde erfüllt nicht ihre Aufgabe, die Verfassung zu schützen und damit die Bürger, die lebenslang für sie eintraten wie der großartige Lübcke.

Geert Platner, Ahnatal

Wir haben es hier mit Terror zu tun!

Der Verdacht verfestigt sich, dass der Täter aus dem rechtsradikalen Bereich kommt. Der Name ist im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss im Fall Halit Yozgat aufgetaucht. Er wurde nicht weiter verfolgt. Der mehrfach verurteilte Gewalttäter konnte jahrelang unauffällig eine weitere Gewalttat planen.

Ich wage die Behauptung: Hätte man für den NSU-Untersuchungsausschuss nicht fleißig Akten geschwärzt oder diese gänzlich vorenthalten, könnte Herr Lübcke vielleicht noch leben. Denn im Ausschuss wurde immer die Frage nach den Netzwerken und Hintermännern gestellt, aber nie beantwortet. Stattdessen wurden Akten geschreddert und geschwärzt, um V-Leute zu schützen, die zwar, wie man sieht, nichts zur Verhütung weiterer Morde beitrugen, stattdessen mit dem Geld aber die rechte Szene weiter aufgebaut haben könnten. Wenn es sich hier um Terror von Links oder aus dem islamisti-

schen Spektrum handeln würde, gäbe es schon längst staatliche Intensivst-Aktivitäten. So aber wurde zunächst einmal wieder von einem Einzeltäter geschwafelt, was inzwischen zum Leidwesen der Abwiegler nicht mehr haltbar ist. Um eine Verflechtung mit den nordhessischen rechtsradikalen Netzwerken nachzuweisen, musste „Monitor“ einsteigen, denn der Verfassungsschutz hatte ja zehn Jahre lang keine Erkenntnisse über den mutmaßlichen Täter.

Es nervt! Wir haben es mit Terror zu tun! Terror, der inzwischen offenbar von einem beachtlichen Prozentsatz der Bevölkerung nicht als solcher bemerkt wird, sondern achselzuckend ignoriert bzw. sogar begrüßt wird, die Hetze im Internet inbegriffen. Und was besonders beängstigt: Rechtsnationalismus und Gewaltbereitschaft in staatlichen Organen wie Polizei und Bundeswehr werden mehr als zögerlich verfolgt.

Zutiefst der Demokratie verpflichteten Menschen wie Peter und Ettie Gingold, die die Jugend über die Gefahren von Faschismus und Krieg aufklärten, wird in Frankfurt die Benennung eines Platzes verweigert. Wo bleibt die Wehrhaftigkeit des Staates gegen die rechten Gewalttäter und Mörder? Die Brandstifter sind unter uns! Wann endlich bemerken das die Biedermänner? Marianne Friemelt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/luebcke

Dumpinglöhne gibt es ohne Bedürftigkeitsprüfung

Grundrente: „Ich will keinen faulen Kompromiss“, FR-Politik vom 15. Juni

Die Groko einigt sich wieder nicht auf eine Respekt-Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Für mich völlig unverständlich und unlogisch. Warum? Den Dumpinglohn und den gesetzlichen Mindestlohn gibt es auch ohne Bedürftigkeitsprüfung. Wer also ein Leben lang gearbeitet hat – in seinem Beruf Voll- oder nur Teilzeit, weil es damals halt noch keine Ganztags- und Übermittagsbetreuung

für die Kinder unter und über drei Jahren in Westdeutschland gab – dem steht folglich natürlich eine Respekt- und Grundrente für seine Lebensleistung auch ohne Bedürftigkeitsprüfung zu. Das ist mehr als gerecht. Basta!

Wenn Beamte die Grundpension ohne Bedürftigkeitsprüfung bekommen, warum dann nicht auch Arbeiter und Angestellte ihre Grundrente ohne Bedürftig-

keitsprüfung? Oder gibt es etwa in Deutschland Arbeiter erster und zweiter Klasse: Beamte und Lohnsklaven? Deshalb kotzt mich diese verfluchte Groko mittlerweile so an. Wenn die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung nicht langsam kommt, sind CDU, CSU und SPD für mich unwählbar geworden und gestorben. Wenn die Groko über eine Diätenerhöhung beim Koalitions Gipfel zu entscheiden hät-

te, dann wären sich mit Sicherheit alle einig. Übrigens, für eine vierjährige Legislaturperiode bekommen Mitglieder des Bundestags bereits eine Grundpension in Höhe von Euro 954,20 – natürlich ohne Bedürftigkeitsprüfung. Das schaffen Dumping- und Mindestlöhner in ihrem gesamten Arbeitsleben nicht. Das ist soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Schon pervers, oder? Roland Klose, Bad Fredeburg